



Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: *Schweil, Heinrich*
Cím: *Stagnation im kommunalen Leben*
Forrás: *Pester Lloyd*

Bp. (Hely) *1930. II. 20.* (Idő) (Köt. v. füz.) (Oldal)

Osztályozás	
Tárgy	352
Hely	
Idő	"1930"
Személy	
H	352 1930

Stagnation im kommunalen Leben.

Wirkungen des neuen hauptstädtischen Gesetzes.

Seit mehreren Monaten schon, ungefähr seit der Erledigung des heurigen Budgets der Hauptstadt, hat sich in unverkennbarer *Mißmut* unserer kommunalen Kreise bemächtigt. Die Ungewißheit, wie sich das kommunale Leben nach dem Inslebentreten des neuen hauptstädtischen Gesetzes gestalten wird, wirkt nichts weniger als öderlich auf die Arbeitslust der Autonomie. Von den etzigen gewählten 250 Stadtrepräsentanten werden nach den kommunalen Neuwahlen *hundert* nicht mehr in den Munizipalausschuß zurückkehren, und da außer den Parteiführern und einigen hervorragenden Kommunalpolitikern, die die ersten Plätze in den Kandidatenlisten einnehmen werden, niemand weiß, ob er ein Mandat erhalten wird, so sind die meisten der jetzigen Stadtväter Beute einer peinigenden Unruhe geworden. Ein noch weit stärkerer *Mißmut*, der nach und nach einer gewissen *Apathie* gewichen ist, hat den *Magistrat* ergriffen, dessen Lage, wie bekannt, gezählt sind. Mit Erbitterung konstatierten die Magistratsräte, die das neue Gesetz zu einzelnen Referenten degradiert und ihrer bisherigen Macht beraubt, daß die Persönlichkeit, die der Magistrat für seine festeste Stütze gehalten, ihn fallen gelassen, daß sie keinen Versuch unternommen hat, um diese Körperschaft, der die Hauptstadt in früheren Jahren so viel zu verdanken hatte, zu retten. Es war für sie eine peinliche Überraschung, daß *Karl v. Wolff* gegen den Magistrat, obgleich dieser ihm stets zu Willen gewesen war, in die Schranken getreten ist.

Die beim größten Teil der Stadtrepräsentanten herrschende *Mißstimmung* und die *Verbitterung* des Gemüths der Magistratsräte üben begreiflicherweise einen ungünstigen Einfluß auf das kommunale Leben aus, wirken *lähmend auf die Tätigkeit der autonomen Organe*. Diesen Eindruck muß jeder gewinnen, der diese Tätigkeit seit einigen Monaten mit Aufmerksamkeit verfolgt; sie hat stark nachgelassen, auch die wichtigsten kommunalen Probleme vermögen nur ein relativ geringes Interesse zu wecken. Seit Monaten wird in den Fachkommissionen wenig gearbeitet, einzelne sind in diesem Jahre *noch kein einziges Mal* zusammengetreten, und auch die wichtigste

der Kommissionen, die Finanzkommission, wird statt zweimal, höchstens einmal monatlich einberufen, zumeist unmittelbar vor den ordentlichen Generalversammlungen des Munizipalausschusses. Seit der Erledigung des Budgets, also während einer Zeit von fünf Monaten, hat es kaum vier ordentliche Generalversammlungen gegeben, allerdings war ebenso hoch die Zahl der außerordentlichen Generalversammlungen, von denen drei sich ausschließlich mit dem neuen hauptstädtischen Gesetzentwurf beschäftigten. In den wenigen ordentlichen Generalversammlungen mußte sich der Munizipalausschuß auf die Erledigung der laufenden Angelegenheiten beschränken, die sich in den langen Zwischenpausen stark angehäuft hatten, Vorlagen von größerer Wichtigkeit gelangten selten vor die Generalversammlung, da sie infolge des Abflauens der Tätigkeit der Kommissionen nicht vorbereitet werden konnten.

Diese Stagnation im kommunalen Leben ist um so bedauerlicher und für die Hauptstadt nachteiliger, als es in den letzten Jahren wenig Epochen gegeben hat, in denen so viele hochwichtige Fragen zu lösen gewesen wären, wie jetzt. In erster Reihe ist die Angelegenheit der *Lokalbahnen* zu erwähnen, deren Erledigung sich schon seit Monaten aus unbekanntem Gründen verzögert, obgleich die *Majorität* des Munizipalausschusses die Übernahme der Lokalbahnen wünscht. Auch das *Talbot-Problem* nähert sich nicht seiner Erledigung, und es ist fraglich, ob der jetzige Munizipalausschuß noch in die Lage kommen werde, in dieser für die Hauptstadt so bedeutungsvollen Frage ein entscheidendes Wort zu sprechen. Seit vielen Monaten wird im Stadthause von der Notwendigkeit gesprochen, zur Ausführung wichtige Investitionen durch die kommunalen Großbetriebe eine *Amortisationsanleihe* aufzunehmen; Magistratsrat Dr. *Karl Lamotte* hat sich vor kurzem bereits über die Möglichkeiten der Aufnahme einer größeren Investitionsanleihe im Ausland orientiert, doch ist die Angelegenheit der Anleihe noch *von keiner einzigen Fachkommission* besprochen, ja nicht einmal die Höhe der Anleihe ist bisher offiziell festgesetzt worden. Die Beleuchtungskommission sollte vor kurzem zu dem Investitionsprogramm der Großbetriebe Stellung nehmen, sie konnte aber nicht einmal das als erstes verhandelte Programm der Wasserwerke endgültig erledigen. Sie wird daher noch mehrere Sitzungen abhalten müssen, und erst dann kann die

Sach. Die Finanzkommission gelangen, deren Aufgabe die definitive Festsetzung der Höhe der aufzunehmenden Anleihe bilden wird. Diese Angelegenheit wird sich also noch lange hinziehen, obgleich die Betriebe sehr unangenehm durch die Verzögerung berührt werden, durch die aber auch die so häufig von allen Seiten urgierte Schaffung zahlreicher Erwerbsmöglichkeiten hinausgeschoben wird.

Will der jetzige Munizipalausschuß, ehe seine letzte Stunde schlägt, alle diese Fragen erledigen, so muß er

von seiner *Apathie* sich freimachen und eine intensivere Tätigkeit entfalten, um so mehr, als außer den angeführten noch eine Reihe aktueller Vorlagen der Erledigung durch ihn harren: die *Schlußrechnungen der Hauptstadt für 1929*, die *Entwicklung des Autobusbetriebes*, die *Fahrplanreform der Beszkárt*, das neue *Mietstatut*, die *Regelung der Altersversorgung der Betriebsangestellten* usw. Bis zu den Sommerferien bietet dieses Pensum dem Munizipalausschuß reichlich Arbeit, nach den Sommerferien muß er sich, falls sein Leben bis dahin gefristet wird, dem *Budget für 1931* widmen. Vor seiner Auflösung wird er aber schon im Sinne des neuen Gesetzes eine *wichtige Funktion* auszuüben haben: die Wahl von *22 lebenslänglichen Mitgliedern*. Es ist vorauszusehen, daß eine starke Agitation der Wahl vorausgehen, und daß diese zu Reibungen zwischen den Kommunalparteien Anlaß geben wird; denn alle Parteien werden danach streben, durch möglichst viel solcher Mitglieder im Munizipalausschuß vertreten zu sein, um so mehr, als wahrscheinlich ein Teil dieser Mitglieder, die zweifellos das größte Ansehen genießen werden, in den *Munizipalrat*, dem das neue Gesetz eine so bedeutende Rolle bestimmt, gewählt werden dürfte.

Nach unserer Ansicht wäre es ein großer Fehler und unvereinbar mit den Intentionen des Gesetzes, wenn auch die Wahl der in Rede stehenden Mitglieder durch die *Parteipolitik* beeinflusst würde. Für Lebensdauer sollten in erster Reihe die unter den *ältesten Stadtrepräsentanten*, die sich *Verdienste um die Hauptstadt* erworben haben, gewählt werden, in zweiter Reihe *hervorragende Kommunalpolitiker, Autoritäten in finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen*. Sehr wünschenswert

wäre die Wahl der einstigen Leiter der Kommune und
gewesenen Mitglieder des Magistrats: Dr. Stefan *Barczy*,
Dr. Theodor *Bódy*, Dr. Franz *Harrer*, Dr. Franz *Déri*,
Dr. Josef *Csupor*, welch letzterer nächsten Monat in den
wohlverdienten Ruhestand tritt, u. a. Diese
Herren sind gründliche Kenner des komplizierten Ver-
waltungsapparates und würden der Hauptstadt nach wie
vor treffliche Dienste leisten. Nicht parteipolitische Rück-
sichten, sondern *Verdienste und Fähigkeiten* sollten bei
der Wahl den Ausschlag geben. Nur dies entspräche den
Interessen der Hauptstadt.

Heinrich Schwét